



2024 – Kein Minsk III

NATO, EU und das imperiale Russland

Dr. Klaus Olshausen

Januar 2024

Zusammenfassung

Während Putins Russland an seinen Kriegszielen festhält und seine Kriegswirtschaft massiv ausbaut und für das Imperium vorbereitet, das Putin mit den Ultimaten vom 17. Dezember 2021 ohne Umschweife allen bekannt gemacht hat, werden bei den Staaten der NATO und der EU mit ihren Mitgliedstaaten Entwicklungen sichtbar, die verhindern werden, den erklärten politischen Zweck zu erreichen, die revanchistische, imperiale Aggression Russlands an der ukrainischen Grenze zu stoppen.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Seit mehreren Wochen steigert Russland zum Winteranfang erneut die Raketen- und Drohnenangriffe auf die gesamte Ukraine – auch fernab der Frontlinie. Und die russischen Streitkräfte halten, ja erhöhen den Druck auf die ukrainische Verteidigung, v.a. an der Front um Donezk. Die Russen suchen ihre größere Zahl an Menschen und v.a. Munition einzusetzen, um an der Front einen Durchbruch zu erzielen und im ganzen Land die Verteidigungsmöglichkeiten und den Abwehrwillen der Soldaten und der Bevölkerung zu ermatten oder zu brechen.

Es geht also um die Wurst! Und dies nicht nur für die Ukraine, sondern auch für die NATO und die EU geht es um Ganze. Denn beide erklären ja, dass die Ukraine Teil der europäischen Familie ist und für ihre Aufnahme Zusagen gemacht worden sind, zuletzt mit der Billigung des Rates der EU, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine zu beginnen.

Dass Putin an der Destabilisierung der gesamten Ukraine mit ihrer „Entnazifizierung“ und „Demilitarisierung“ auf jeden Fall festhalten will, hat er zuletzt am 14. Dezember in seiner Presse-Unterhaltungs-Runde mit Nachdruck bestätigt. Und auch seine Ziele aus den Ultimaten an die USA und die NATO vom 17. Dezember, die weit über die Ukraine hinausreichen, bleiben weiter gültig.

Verfolgt man die Aussagen zur Lage im „Westen“ (NATO, EU und Partner) fallen zwei entgegengesetzte, ja sich widersprechende Entwicklungen und Einschätzungen auf.

1. In der EU und im amerikanischen Kongress wird über die weitere Unterstützung der Ukraine gestritten. Sie wird nicht mehr an den Erfordernissen des politischen Zwecks (das Befreien der Ukraine vom imperial ausgreifenden Russland) gemessen. Vielmehr wird sie zur Geisel innenpolitischer Zwecke oder nationaler Eigeninteressen. Und jede Verzögerung, Reduzierung oder gar Ausbleiben der militärischen, finanziellen, wirtschaftlichen und humanitären Hilfe kann und wird Putins Zielen in die Hände spielen. Und die NATO begrenzt ihren Blick auf Abschreckung und Verteidigung des engeren NATO-Territoriums und nicht auf das Stoppen Russlands – jetzt.

2. Gleichzeitig werden verbale „Schwüre“ wiederholt, die Ukraine zu unterstützen „so lange wie nötig“. Das passt wirklich nicht zusammen. Und mantrahaft werden Formeln wiederholt, wie „die Ukraine muss, Russland darf nicht gewinnen“, „die Ukraine darf nicht verlieren“, „Russland muss sich aus der Ukraine zurückziehen“. In keinem Fall werden diese bisher qualitativ und v.a. quantitativ mit den erforderlichen militärischen Mitteln unterstützt, um die besetzten Gebiete der Ukraine befreien zu können.

3. Solche Formeln werden von Regierungen, Experten und der Öffentlichkeit zu weiten, unterschiedlichen Auslegungen über die jeweils konkreten politischen Zwecke der Unterstützung genutzt. Dies führt immer wieder zu Vorschlägen, ja Forderungen von Verhandlungen auf der Basis des derzeitigen Zustandes. Wer das fordert, muss entweder eine klare Ansage machen, wie er mit und nach einem solchen Waffenstillstand Russland bewegen will und kann, die besetzten Gebiete wieder freizugeben. Oder er muss zugeben, dass ihm an der territorialen Integrität der Ukraine nicht so viel liegt, dass er dafür weitere Anstrengungen unternehmen wird. Zuletzt hat Rolf Mützenich, immerhin der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, in Interviews erkennen lassen, dass die Unterstützung der Ukraine endet, wenn dafür Einschnitte bei zugesagten sozialen Leistungen geprüft werden müssten.

Jede Art von Waffenstillstand bei der derzeitigen militärischen Frontlinie ist ein Placebo für den „Westen“, man habe das Töten beendet, es ist die Fortsetzung der Unterjochung von einem Fünftel ihres Gebiets für die Ukraine und es bestätigt Putin und Russland, dass sie ihrem imperialen Ziel wieder einen Schritt nähergekommen sind.



Für die Russen ist eine amputierte Ukraine – insbesondere entlang der Küstenlinie – nicht nur eine Bestätigung und Ermutigung, die Aggression und Destabilisierung so rasch wie möglich fortzusetzen, sondern sie kontrollieren bereits einen erheblichen Teil der ukrainischen Ressourcen und haben die Ukraine um ca. 80 % ihrer exportfähigen Wirtschaftsleistung gebracht.

Die Staaten von EU, NATO und Partnerstaaten sind bei jeder plausiblen Annäherung, geschweige denn abgestimmter Pläne oder wenigstens Vorgehensweisen, wie sie im und nach einem vor allem mit Rücksicht auf ihre jeweiligen innenpolitischen Interessen vorangebrachten Waffenstillstand erreichen wollen und werden, dass Russland das Gebiet der Ukraine vollständig verlässt – bisher zumindest die Zielvorstellung von Bundeskanzler Olaf Scholz.

Für die Ukraine ist ein Waffenstillstand, der wie bei bisherigen MINSK Vereinbarungen von 2014 und 2015 faktisch die territoriale, wirtschaftliche und v.a. kulturelle Amputation ihres Landes zugunsten russischer Herrschaft herstellt, nicht akzeptabel. Es wäre für sie ein weiteres Diktat gegen ihre Identität und damit ein zweiter HOLODOMOR.

Also haben EU, NATO und alle unterstützenden Partnerstaaten die Aufgabe, endlich alles Erdenkliche politisch, militärisch, finanziell, ökonomisch – und humanitär zu tun und materiell schnell verfügbar zu machen, um die Ukraine zu befähigen, ihr Land wieder zu befreien. Das entspricht v.a. dem westlichen Ziel, das kolonial und imperial aggressive Russland bereits an der russisch-ukrainischen Grenze zu stoppen.

Was, wenn Russland gewinnt? Dazu hat die Wochenzeitung *DIE ZEIT* im November eine Expertise veröffentlicht, die unterstreicht, dass der Angriff Putins nicht (nur) der Ukraine gilt, sondern massiv gegen die europäische Sicherheitsordnung der Charta von Paris von 1990 gerichtet ist. Deshalb muss sich das Handeln im „Westen“ endlich darauf konzentrieren, Russland keine intensive Vorbereitung auf die Fortsetzung der Aggression zu ermöglichen, sondern der Ukraine alles zu geben und zu erlauben, was das Zurückwerfen der russischen Truppen nicht irgendwann, sondern so schnell wie irgend möglich erreichen lässt. Russland mag mehr Ressourcen aufbieten können als die Ukraine. Aber wenn es um die Sicherheitsordnung in Europa geht, dann werden über 800 Millionen der transatlantischen und europäischen Gemeinschaft wohl doch einem Aggressor mit 140 Millionen erfolgreich Paroli bieten können. Das verlangt aber endlich eine gemeinsame Vorgehensweise und das Vermeiden des internen Streits in der EU und die Verknüpfung dieser Aufgabe mit innenpolitischen Verwerfungen z.B. in den USA.

Es macht doch keinen Sinn, ja es untergräbt das langfristig angestrebte Ziel, wenn die EU im Dezember den Beginn von Beitrittsverhandlung beschließt und gleichzeitig durch mangelnde Unterstützung des Abwehrkampfes der Ukraine Gefahr läuft, dass das Ziel einer Ukraine in der EU gar nicht erreicht wird.

Und auch die Erörterung von Sicherheitsgarantien für die Ukraine – nach dem Krieg – machen doch nur Sinn, wenn, man alles daransetzt, dass es eine Ukraine geben wird, die auf solche Garantien bauen kann und nicht zum Vasallengebiet oder gar zu einem Teil Russlands geworden ist.

Der Aufruf für das Jahr 2024 im Abwehrkampf der Ukraine gegen den russischen Aggressor lautet deshalb: Willen, Mut und **alle** Fähigkeiten für den Freiheitskampf der Ukraine für Europa zu bündeln und damit die Befreiung der Ukraine zu ermöglichen, einen langandauernden Krieg zu vermeiden und Russland zu signalisieren, dass über neue Verbindungen als Staat in Europa erst gesprochen werden kann, wenn es die Ansprüche gegen unabhängige Staaten aufgibt.



Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen